

Sitzungsniederschrift

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich (Raum 1.106)		
Sitzungsdatum: 14.12.2017	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:46 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
Bienhoff-Topp, Ida	SPD	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Hoffmann, Gerhard	FW	
Jelken, Friedhelm	CDU	Vertretung für Herrn Harald Tammen
Stauß, Detlef	AfD	Vertretung für Frau Ute Klopsch
Trauernicht, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Hermann Ihnen
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Pieschke, Bärbel		
Verwaltung		
Bredthauer, Doris Prof. Dr.		Leiterin des Amtes für Gesundheitswesen
Herrmann, Darinka		stv. Gleichstellungsbeauftragte
Jelden, Frauke		Gleichstellungsbeauftragte
Krabbe, Henni		Kreisrätin

Losse, Nils	Protokollführer
Müller, Michael	Leiter des Sozialamtes
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Seemann, Volker	Abteilungsleiter Allgemeine Sozialhilfe

Nicht anwesend:

Mitglieder

Biller, Anita	SPD
Ihnen, Hermann	SPD
Klopsch, Ute	AfD
Tammen, Harald	CDU
Ubben, Hilde	AWG

Beratende Mitglieder

Bagusat, Klaus-Dieter
Borm, Hans-Joachim
Gerdas, Richard
Hülsebus, Dieter
Tobiassen, Bernd

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017
- öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Fortsetzung Verhütungsmittelfonds
Vorlage: IX/2017/293
7. Hebammenzentrale im Landkreis Aurich,
Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes
8. Antrag der Schuldnerberatung Ostfriesland e. V. auf Gewährung eines
Zuschusses
Vorlage: IX/2017/294
9. Einwohnerfragestunde
10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11. Schließung der Sitzung



Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Kleinert eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 16:00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzende Kleinert stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017 - öffentlicher Teil -

Abgeordnete Albers erklärt, dass am 14.11.2017 ihre Stellvertreterin, **Abgeordnete Bracklo**, an der Sitzung teilgenommen hat. Im Namen ihrer Stellvertreterin beanstandet sie den nicht ausführlich dargelegten Sitzungsverlauf, insbesondere des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2017 „Integrationshelfer/-innen nach Tarif entlohnen Vorlage: IX-AF/2017/035“.

Abgeordnete Albers beantragt die Zurückstellung der Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017 -öffentlicher Teil-. Ein entsprechender schriftlicher Änderungsantrag würde durch Frau Bracklo nachgereicht werden, sodass in der nächsten Sitzung darüber abgestimmt werden könnte.

Abgeordneter Warmulla beanstandet den seiner Auffassung nach nicht ausführlich genug dargestellten Diskussionsverlauf der letzten Sitzung. Er unterstützt den Antrag der Abgeordneten Albers, die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017 -öffentlicher Teil- vorerst zurückzustellen.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017 -öffentlicher Teil- wird mehrheitlich, bei vier Enthaltungen wegen Nichtteilnahme bei gleichzeitiger Ablehnung der Zurückstellung, genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 4
⇒ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Fortsetzung Verhütungsmittelfonds**
Vorlage: IX/2017/293

TOP 7 wird aufgrund von organisatorischen Gründen durch die **Vorsitzende Kleinert** ohne Einwände auf TOP 6 vorgezogen.

Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Aurich, **Frau Jelden**, berichtet über die angestrebte Fortsetzung des Verhütungsmittelfonds. Der Verhütungsmittelfonds wurde im Jahre 2012 mit dem Ziel eingerichtet, die Verhütung für alle Personen in sozial schwierigen Verhältnissen sicherzustellen. Um diese Sicherstellung gewährleisten zu können, erfolgt eine enge Zusammenarbeit zwischen den Diakonischen Werken Aurich und Norden, der Genossenschaft Gyn-Verbund Weser Ems sowie dem Landkreis Aurich. Anhand der Entwicklung der seit 2012 genehmigten Anträge ist ersichtlich, dass ein Bedarf an sicherer Verhütung ungebrochen ist. Die bislang bewilligten finanziellen Mittel sind realistisch bemessen. Evtl. Schwankungen sind aufgrund von vielfältigen Ursachen zwar möglich, jedoch fließen nicht verbrauchte Mittel an den Landkreis zurück. Durch die vermehrte Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten kann zukünftig von einer stärkeren Nachfrage ausgegangen werden. **Frau Jelden** empfiehlt der Verlängerung des Verhütungsmittelfonds zuzustimmen.

Die **Leiterin des Amtes für Gesundheitswesen, Frau Prof. Dr. Bredthauer**, ist ab 16:09 Uhr anwesend.

Abgeordneter Behrends erklärt im Namen der SPD, dass die Fortsetzung des Verhütungsmittelfonds als notwendig erachtet wird. Er regt weiterhin an, die Verlängerung entgegen der Beschlussvorschläge bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 zu beschließen.

Abgeordneter Bargmann erklärt, dass auch die CDU die Fortsetzung des Verhütungsmittelfonds als notwendig erachtet. Ebenfalls wird die Verlängerung bis 2021 befürwortet.

Abgeordnete Albers spricht sich ebenfalls für die Fortsetzung des Verhütungsmittelfonds bis einschließlich 2021 aus. Ihrer Meinung nach ist es jedoch bedauerlich, dass es Menschen gibt, die aufgrund ihres geringen Einkommens auf solch eine finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, den Verhütungsmittelfonds bis 2021 fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 7 **Hebammenzentrale im Landkreis Aurich, Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes**

Die Leiterin des Amtes für Gesundheitswesen, Frau Prof. Dr. Bredthauer, stellt den Sachstandsbericht zur Hebammenzentrale im Landkreis Aurich vor. Verschiedene Problemstellungen, wie z.B. die Größe des Landkreises Aurich einschließlich der zugehörigen Inseln, stellen bei der Deckung des Bedarfes an Hebammen eine Herausforderung dar. Daher ist eine frühzeitige Akquise von Nachwuchskräften zur langfristigen Bedarfsdeckung erforderlich. Die schulische Ausbildung von Hebammen erfolgt jedoch nicht im Kreisgebiet, sondern in Oldenburg oder Emden. Aufgrund von bereits existierenden Hebammenzentralen haben andere Kommunen gegenüber dem Landkreis Aurich einen Wettbewerbs- und Standortvorteil. Eine durch das Amt für Gesundheitswesen vorgenommene Umfrage hat ergeben, dass die Hebammen im Durchschnitt sechs Monate im Voraus ausgebucht sind. Dabei gestaltet sich die Nachfrage größer als das Angebot, sodass die Anfragen werdender Mütter deutlich gestiegen sind. Folglich ist ein Bedarf an einer zuverlässigen Hebammenversorgung grundsätzlich gegeben.

Abgeordneter Hoffmann bittet um weitere Informationen über die Darstellung des Angebotes der Hebammen innerhalb des Landkreises Aurich über das Internet.

Vorsitzende Kleinert unterbricht die Sitzung und erteilt Frau Decker das Wort. Frau Decker ist hauptberuflich als Hebamme tätig und arbeitet eng mit der Elterninitiative „Mother Hood“ zusammen.

Frau Decker erklärt, dass es keine genaue Darstellung über das Angebot aller Hebammen im Landkreis Aurich gibt. Die Einrichtung einer Hebammenzentrale ist ihrer Auffassung nach zwingend notwendig. Es ist zudem erforderlich, frühzeitig Werbung für angehende Hebammen zu machen, damit diese sich im Landkreis Aurich niederlassen. Es ist für die Gewinnung von Nachwuchskräften erfreulich, dass das Einkommen der Hebammen um ca. 17 % gestiegen ist.

Abgeordnete Ubben verlässt um 16:55 Uhr die Sitzung.

Abgeordneter Albrecht begrüßt die Einkommenserhöhung für Hebammen. Er bittet Frau Decker um eine Einschätzung der Entwicklungen für die kommenden 10-15 Jahre.

Frau Decker weist ausdrücklich darauf hin, dass in den nächsten Jahren insgesamt 7 Hebammen in den Ruhestand gehen werden. Es ist wichtig, diesen Bedarf frühzeitig zu erkennen und einem Mangel an Fachkräften rechtzeitig entgegenzuwirken. Es gilt, Ostfriesland für Hebammen attraktiver zu gestalten. Hinsichtlich des gestiegenen Einkommens dürfen die hohen Nebenkosten nicht außer Acht gelassen werden. Durch den stetigen Anstieg der Nebenkosten ist davon auszugehen, dass das Einkommensniveau der Hebammen in den kommenden 3 Jahren auf den Mindestlohn sinken wird.

Frau Prof. Dr. Bredthauer sieht unter den derzeitigen Bedingungen für Hebammen im Landkreis Aurich eine Sicherstellung des Bedarfes an Fachkräften als schwierig an.

Abgeordnete Bienhoff-Topp sieht es ebenfalls als notwendig an, die Attraktivität des Landkreises Aurich für Hebammen nachhaltig zu stärken und dem Fachkräftemangel frühzeitig und effektiv entgegenzuwirken. Die SPD unterstützt die Einrichtung einer Hebammenzentrale.

Abgeordnete Albers sieht die Entwicklung des Einkommens von Hebammen auf einem Mindestlohniveau als äußerst fraglich an. Die Einrichtung einer Hebammenzentrale wird auch ihrerseits befürwortet.

Abgeordneter Bargmann befürwortet ebenfalls die Einrichtung einer Hebammenzentrale. Anhand der hohen Rücklaufquote der durch das Amt für Gesundheitswesen durchgeführten Befragung ist die Forderung nach solch einer Zentrale klar erkennbar. Die Planungen hierfür sollten zeitnah erfolgen, um den Beruf der Hebamme auf lange Sicht attraktiver zu gestalten.

Vorsitzende Kleinert spricht dem Ausschuss die Empfehlung aus, diese Angelegenheit vorerst in die jeweiligen Fraktionen weiterzugeben.

Abgeordneter Warmulla spricht sich dafür aus, bereits jetzt über die Einrichtung einer Hebammenzentrale zu entscheiden. Die genauere Planung kann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Vorsitzende Kleinert unterstreicht die Wichtigkeit einer im Vorfeld erforderlichen ausführlichen Beratung durch Fachstellen über die Einrichtung einer Hebammenzentrale. Dabei sind die Rahmenbedingungen klar festzulegen.

Abgeordnete Bienhoff-Topp weist auf die anstehenden Haushaltsberatungen hin. Eine Entscheidung über die Einrichtung einer Hebammenzentrale sollte somit vorher erfolgen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert vertritt ebenfalls die Auffassung, die anstehenden Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2018 zu berücksichtigen. Im Vorfeld gilt es die Strukturen sowie die Rahmenbedingungen einer Hebammenzentrale festzulegen.

Abgeordnete Kleinert fasst abschließend zusammen, dass über die Einrichtung einer Hebammenzentrale in den einzelnen Fraktionen weiter zu beratschlagen und noch vor den anstehenden Haushaltsberatungen im kommenden Jahr erneut im Sozialausschuss zu thematisieren ist.

Frau Prof. Dr. Bredthauer und der Abgeordnete Bargmann verlassen um 17:08 Uhr den Sitzungssaal.

TOP 8 **Antrag der Schuldnerberatung Ostfriesland e. V. auf Gewährung eines Zuschusses**
Vorlage: IX/2017/294

Kreisamtsrat Müller stellt dem Ausschuss die Beschlussvorlage über den Antrag der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. auf Gewährung eines jährlichen Zuschusses in Höhe von 30.000,00 € vor. Dabei geht dieser auf die rückblickende Entwicklung der Schuldnerberatung im Landkreis Aurich ein. Ebenfalls erfolgen Informationen über das Ergebnis einer durch den Landkreis Aurich durchgeführten Datenerhebung hinsichtlich der aktuellen Situationen der Schuldnerberatungsstellen im Kreisgebiet. Anschließend erläutert **Kreisamtsrat Müller** die rechtlichen Rahmenbedingungen, welche für die Anerkennung für eine allgemeine soziale Schuldnerberatung in Verbindung mit einer finanziellen Zuwendung durch das Land Niedersachsen, vorliegen müssen. Hier unterscheidet sich die Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. von dem Angebot des Diakonischen Werkes.



Eine Anerkennung des Landes Niedersachsen liegt für die Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. nicht vor. Die Schuldnerberatungsstellen der Diakonie in Aurich und Norden hingegen erfüllen die Voraussetzungen und sind durch das Land Niedersachsen anerkannt. Weiter ist bei der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. eine gänzlich kostenfreie Beratung nicht gegeben. Laut Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes warten Personen im vorangegangenen Jahr, die aufgrund finanzieller Probleme die Hilfe einer Schuldnerberatung in Anspruch nahmen, durchschnittlich zehn Wochen auf einen ersten Beratungstermin. Dieser Zeitraum wird nach Angaben der Beratungsstellen im Landkreis Aurich deutlich unterschritten. Die Beratungszahlen der Diakonie in den letzten Jahren zeigten jährliche Steigerungswerte. Um den steigenden Bedarf an einer Schuldnerberatung entgegenzuwirken, erfolgte mit Beschluss des Kreisausschusses vom 28.01.2016 eine Erhöhung des Zuschusses an die Schuldnerberatungsstellen der Diakonischen Werke in Aurich und in Norden von jährlich je 16.000,00 € auf 30.000,00 €. Ein zusätzlich erforderliches Beratungsangebot durch die Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. lässt sich derzeit nicht erkennen. Abschließend spricht **Kreisamtsrat Müller** dem Ausschuss die Empfehlung aus, den Antrag abzulehnen.

Abgeordneter Warmulla stellt in Frage, ob bei einem Wegfall der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. die bislang betreuten Schuldner durch die Beratungsstellen der Diakonie Aurich und Norden aufgefangen werden könnten. Die kurze Wartezeit ist auch auf die Arbeit der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. zurückzuführen.

Kreisamtsrat Müller verweist auf die Anfang 2016 durch den Kreistag beschlossene Aufstockung des jährlichen Zuschusses für die Schuldnerberatungsstellen des Diakonischen Werkes von 16.000,00 € auf 30.000,00 €. Die Aufstockung wurde durch die Diakonie dafür verwendet, weiteres Personal einzustellen und somit den steigenden Fallzahlen entgegenzuwirken.

Abgeordneter Albrecht bittet um weitere Informationen über die Voraussetzungen für eine Anerkennung einer Schuldnerberatung durch das Land Niedersachsen.

Kreisamtsrat Müller verweist auf die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Träger von Schuldnerberatungsstellen des Landes Niedersachsen.

Abgeordneter Albrecht fragt, ob die Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. einen entsprechenden Antrag gestellt hat.

Die Vorsitzenden der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V., **Herr Thomas Obst** sowie **Herr Klaus Jansen** wohnen der Sitzung als Zuschauer bei. Als Herr Obst signalisiert, die Frage beantworten zu wollen, unterbricht die **Vorsitzende Kleinert** die Sitzung und erteilt Herrn Obst das Wort.

Herr Obst informiert die Anwesenden über die erfolgte Antragstellung. Zwar habe man den Antrag auf Anerkennung für eine allgemeine soziale Schuldnerberatung beim Land Niedersachsen gestellt, jedoch sei der Antrag verspätet eingegangen. Das Land Niedersachsen würde pro Landkreis nur eine Anerkennung genehmigen. Da die Schuldnerberatung der Diakonie bereits anerkannt wurde, ist eine weitere Anerkennung in Verbindung mit einer Gewährung von Zuwendungen durch das Land Niedersachsen gegenüber der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. ausgeschlossen.

Kreisamtsrat Müller verweist darauf, dass es in anderen Landkreisen auch mehrere durch das Land Niedersachsen anerkannte und somit zuwendungsfähige Schuldnerberatungsstellen gibt. Die vermeintlich verspätete Antragstellung allein, stellt seiner Auffassung nach sicherlich keinen Grund für eine Ablehnung dar.

Abgeordneter Albrecht sieht derzeit keine Veränderungen hinsichtlich des Bedarfes an einer zusätzlichen Schuldnerberatung im Vergleich zum Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 17.01.2017. Für einen erneuten Antrag der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. auf Bewilligung eines Zuschusses ist es zu früh. Der Antrag ist aus seiner Sicht erneut abzulehnen. Allerdings sollte beobachtet werden, wie sich die Fallzahlen im Landkreis Aurich entwickeln.

Erster Kreisrat Dr. Puchert verweist ebenfalls auf den Beschluss vom 17.01.2017. Die durch den Landkreis Aurich durchgeführte Datenerhebung ist zu keinen neuen Erkenntnissen gekommen, welche die Bewilligung eines Zuschusses rechtfertigen würde.

Abgeordneter Hoffmann sieht aufgrund der guten Arbeit des Diakonisches Werkes keinen Anlass dafür, den Antrag der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. zu bewilligen.

Abgeordnete Albers gibt zu bedenken, dass durch einen evtl. Wegfall der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. der Überhang durch das Diakonische Werk aufgefangen werden müsste. Dies würde zu einem Anstieg der Fallzahlen an den Standorten Aurich und Norden führen. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist der Antrag jedoch abzulehnen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beschließt einstimmig, den Antrag der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. auf Gewährung eines Zuschusses abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Abgeordneter Warmulla verlässt um 17:26 Uhr den Sitzungssaal.

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Kreisamtsrat Müller informiert den Ausschuss unter Hinweis auf den Antrag der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ von Ende Oktober 2017 darüber, dass das Niedersachsenbüro Wohnen im Alter, vertreten durch Frau Beerli, vermutlich in der ersten Sitzung nächsten Jahres über die Wohnformen für Senioren, die Möglichkeiten seniorenrechtliches Wohnen anzubieten sowie die Förderungsmöglichkeiten referieren wird.

Abgeordnete Albers äußert den Wunsch, die Sitzung nicht im Kreishaus abzuhalten. Sie bittet darum, bei der Auswahl auf einen senioren- bzw. behindertengerechten Sitzungsort zu achten.

Vorsitzende Kleinert sieht eine Verlegung des Sitzungsortes positiv.

Kreisamtsrat Müller gibt zu bedenken, dass für den Vortrag von Frau Beerli eine technische Grundausstattung vorhanden sein muss, welche nicht überall vorgehalten wird.

TOP 11 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:29 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Losse
Protokollführer
